

## Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Nach dem "Sputnik"-Verbot 1988 erhoben sich viele kritische Stimmen, auch aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), die für die Vermittlung der russischen Kultur und Gesellschaft zuständigen Massenorganisation in der DDR. Die Eingaben ihrer Mitglieder wurden von der Stasi gesammelt und inhaltlich ausgewertet.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen des Stalinismus. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) war eine Massenorganisation, die den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern unter anderem die russische Kultur näherbringen sollte. Mitglieder des DSF verfassten nach der Streichung des "Sputniks" von der Postzeitungsliste Eingaben an den DSF-Vorstand und -Präsidenten. Sie kritisierten das Fehlen einer offiziellen Stellungnahme in der Presse und bezeichneten das Verbot als "Willkürakt" und "Entmündigung der DDR-Bürger".

---

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, Bl. 63-66

---

### Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX/1 Urheber: MfS  
Datum: 16.12.1988 Rechte: BStU

## Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Hauptabteilung XX/1

I  
~~BBP-BESTELL~~  
R X/UKL/15034/88  
23.12.88/10163/88

Berlin, 16. 12. 1988

KM

BStU  
000063

Information  
über Reaktionen von DSF-Gruppen und Einzelpersonen zur Streichung  
des "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR

Durch zuverlässige und überprüfte inoffizielle Kräfte und offizielle Partner des Zusammenwirkens wurde bekannt, daß sich im Zusammenhang mit der Streichung des sowjetischen Magazins "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR eine Reihe von Einzelpersonen und DSF-Gruppen sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form (Eingaben) sowohl an den Zentralvorstand der DSF als auch an den Präsidenten der Gesellschaft für DSF und Mitglied des Politbüros, Genossen Erich Mückenberger gewandt haben, um Gründe für die Streichung des "Sputnik" zu erfahren.

Im Zeitraum vom 23. 11. - 02. 12. 1988 sind beim ZV der DSF insgesamt 322 Eingaben registriert worden, von denen 83 direkt an den Präsidenten der Gesellschaft für DSF adressiert waren.

Eine Aufschlüsselung der Absender nach Bezirken ergibt folgendes Bild:

Berlin	99
Dresden	86
Leipzig	32
Erfurt	21
Karl-Marx-Stadt	13
Potsdam	13
Halle	12
Suhl	9
Magdeburg	8
Gera	8
Cottbus	6
Frankfurt/Oder	5
Rostock	4
Schwerin	4
Neubrandenburg	2

Darüber hinaus erklärten 22 DSF-Mitglieder ihren Austritt aus der Gesellschaft. Die Namen lagen den Quellen nicht vor.

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 63

**Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)**

BStU  
000064  
2

Von den 322 Eingaben wurden 77 von Kollektiven und 245 von Einzelpersonen verfaßt.  
Die im ZV der DSF eingegangenen telefonischen Anfragen wurden statistisch nicht erfaßt.

Bei den Kollektiven handelt es sich in den meisten Fällen um DSF-Gruppen und -Grundeinheiten, um Vorstände, Kollektive der DSF (oft mehrfache Träger des Ehrennamens), um Gewerkschaftsgruppen von Universitäten und Hochschulen.

Einige Eingaben wurden in Mitgliederversammlungen in Form eines Beschlusses formuliert und durch Abstimmung angenommen.  
Das Schreiben des Aufbau-Verlages Berlin und Weimar war mit der staatlichen und Parteileitung abgestimmt.

Der überwiegende Teil der kollektiven Eingaben stammt aus Instituten der AdW sowie anderen Instituten und Forschungseinrichtungen, aus Hochschulen und Universitäten.  
Aus dem Zentralinstitut für Elektrophysik der AdW Berlin, dem Institut für Technologie der Polymere der AdW Berlin, dem Institut für Post- und Fernmeldewesen Berlin, der Technischen Hochschule Ilmenau sowie aus dem VEB Robotron-Elektronik, Dresden und dem VEB Robotron Projekt, Dresden erreichten den Zentralvorstand Eingaben von mehreren Kollektiven.  
Die Einzelpersonen (darunter auch viele Ehepaare), die sich mit Eingaben an den ZV der Gesellschaft für DSF und an den Präsidenten der Gesellschaft wandten, gehören den verschiedensten Schichten der Bevölkerung und repräsentieren alle Altersgruppen. Viele der Absender sind Funktionäre der Gesellschaft für DSF.  
Eine "Eingabe" des operativ bekannten Pfarrers EPPELMANN aus Berlin, wird von den verantwortlichen Genossen im ZV als Provokation gewertet und wurde bisher auch nicht beantwortet.  
Alle Eingaben richten sich gegen die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR.

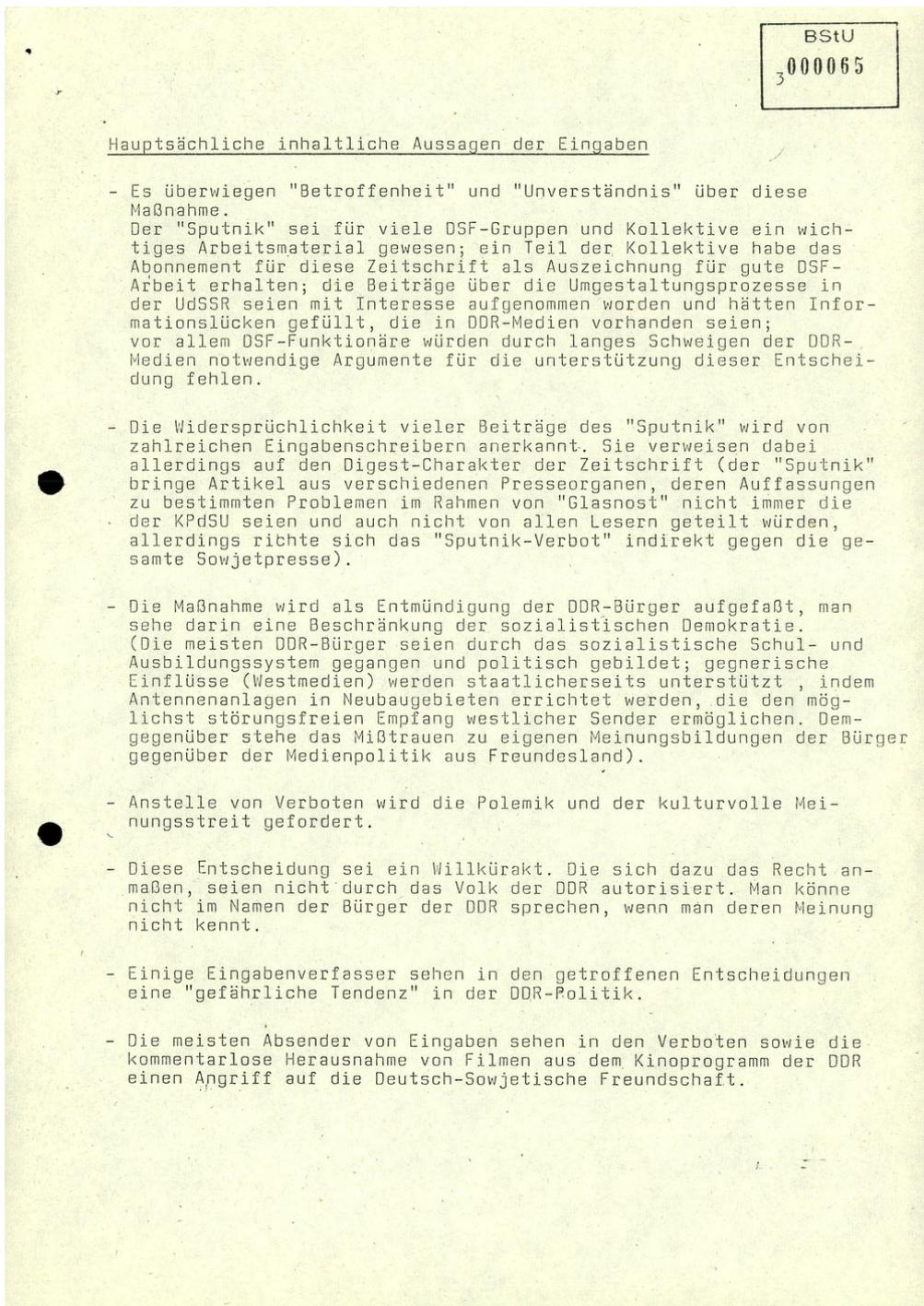
In 16 Briefen, die den ZV am 1. 12. und 2. 12. 1988 erreichten, wurde auf den ND-Artikel vom 25. 11. 1988 bezug genommen, wobei dessen Begründung für die Streichung des "Sputnik" abgelehnt wurde (der Artikel sei anonym; seine Argumentation beziehe sich hauptsächlich auf Heft Nr. 10, das ohnehin nicht ausgeliefert worden sei.)  
Generell wurde in den ersten Tagen nach der Pressemitteilung eine offizielle Stellungnahme oder Erklärung in der DDR-Presse vermißt.

In diesem Zusammenhang verwiesen die Quellen darauf, daß die meisten Eingabenverfasser ausschließlich von der knappen Pressenotiz des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen (ND vom 19./20.11.1988) ausgegangen.  
In Unkenntnis des Inhaltes von Heft 10/88 zogen sie die Schlußfolgerung, die DDR wolle der UdSSR vorschreiben, wie diese ihre eigene Geschichte zu bewerten habe.

**Signatur:** BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 64

## Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)



**Signatur:** BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 65

## Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

4

BStU  
000066

Viele Briefe enthielten Anfragen, ob diese Maßnahmen mit dem ZV bzw. Präsidenten abgestimmt wurden. Zahlreiche DSF-Mitglieder bitten den ZV öffentlich gegen diese Entscheidungen Stellung zu nehmen und sich für deren Zurücknahme einzusetzen.

Oftmals berufen sie sich auf das Statut der Gesellschaft sowie auf den Beschuß des 13. DSF-Kongresses, wonach sich die Organisation zur Aufgabe gemacht habe, "ein lebendiges Bild des Freundeslandes, Wissen um Wesen und Spezifik der sich in der UdSSR entsprechend ihren konkreten historischen und nationalen Bedingungen vollziehenden Prozesse" zu vermitteln.

Viele der Eingabenschreiber kündigten ihren Austritt aus der Gesellschaft für DSF per 31. 12. 1988 bzw. 1. 1. 1989 an, falls von Seiten der Organisation nicht auf die Zurücknahme der Entscheidungen gedrängt werde.

Die Quellen betonten, daß alle beim ZV der Gesellschaft für DSF und dem Präsidenten eingegangenen Eingaben registriert und durchgearbeitet wurden.

Die meisten von ihnen werden an die Bezirksvorstände weitergeleitet mit der Bitte um Erledigung.

Funktionäre der Organisationen sollen die Verfasser der Briefe aufsuchen und im persönlichen Gespräch die aufgeworfenen Probleme klären. Ein Zwischenbescheid, der sie darüber in Kenntnis setzt, ist den Eingabeschreibern bereits zugesandt worden.

Ein geringer Teil der Eingaben wird vom Apparat des ZV selbst beantwortet, darunter auch die Eingabe des ZV-Mitgliedes Uwe KANT (Schriftsteller).

Gegenwärtig zeichne sich, nach Kenntnis der Quellen, eine abnehmende Tendenz in der Eingabentätigkeit ab. Es wurde dabei nochmals betont, daß die schriftliche Eingabentätigkeit als Hauptmittel für eine Protestbekundung aus Kreisen der Bevölkerung anzusehen ist.

Die vor allem im Oktober angekommenen telefonischen Anfragen richteten sich hauptsächlich darauf, Gründe für das Nichterscheinen der Ausgabe des "Sputnik" Nr. 10/88 zu erfahren. Diesbezüglich wurden diese Anrufe auch nicht statistisch erfaßt. Hinweise auf beabsichtigte Provokationen oder andere öffentlichkeitswirksame Aktivitäten als Protest von Bürgern gegen die Streichung des "Sputnik" von der Postzeitungsliste sind im ZV der DSF nicht bekannt.